

die eine gute Rekonstruktion erlauben. Nach *Slezák* lassen sich — nach der ersten unregelmäßigen Aneignung von Grund und Gütern — folgende Perioden unterscheiden: eine erste, in der die sog. Verwalter auf den konfiszierten Anwesen fungierten (Dekret 5/455 Sb., April bis Oktober 1945), eine zweite, wo die Besiedlung organisiert ablief (Dekrete 12/ u. 28/1945 — Oktober 1945 bis Sommer 1946), sowie eine letzte Periode (Sommer 1946—1947), in der eine Konsolidierung versucht wurde.

Auf zwei wesentliche und interessante Aspekte jener Prozesse sei noch verwiesen: zum einen auf das Problem der Arbeitskräfte in den Grenzgebieten, das in großer Ausführlichkeit mit vielen Daten belegt wird. Zum anderen wird auf die Analyse der Herkunft der Neusiedler großes Gewicht gelegt, nicht zuletzt unter dem Vorzeichen der sozial-ökonomischen Veränderungen.

In der Bewertung des Erfolges dieser „Aktionen“ weicht *Slezáks* Interpretation von denen der eingangs angeführten deutschen Autoren ab. Bei aller Unterschiedlichkeit der Auslegung und auch beim Herausstellen der Tatsache, daß nun die Grenzgebiete nach 1945 ihren ehemals hohen sozial-ökonomischen Stellenwert verloren haben, sollte man natürlich daran erinnern, welche ökonomische und soziale Bedeutung die deutsche Bevölkerung für die Gesamtrepublik gehabt hat. Es ist aber auch eine Tatsache, daß von seiten der Planung bei der Wiederbesiedlung der Grenzgebiete nach 1945 von vornherein von weit niedrigeren Bevölkerungszahlen und Dichtewerten als im Jahre 1930 ausgegangen wurde.

Bochum

Horst Förster

*Jiří Sláma, Die sozio-ökonomische Umgestaltung der Nachkriegs-Tschechoslowakei. Zur Politik des kommunistischen Machtmonopols.*

In Kommission bei Otto Harrassowitz, Wiesbaden 1977, 143 S. (Veröff. d. Osteuropa-Instituts München. Reihe: Geschichte 46. Hrsg. von Georg Staudtmüller).

Der tschechische Wirtschaftsforscher untersucht die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Umgestaltung seines Heimatlandes in den Jahren 1945 bis 1968 anhand eines umfangreichen aufbereiteten statistischen Materials, wobei er abschließend die Entwicklung Polens wertend damit vergleicht. Dabei mißt er die tiefgreifende Veränderung aller Lebensverhältnisse an den Faktoren Bevölkerung, Kapital und Produktion und hebt auch die sich daraus ergebende Mobilität hervor. Die große Wende trat danach im Jahre 1948 ein. Vorher dominierten noch Interessen der Wirtschaft vor der Politik, nachher stand die Politik nur mehr im Dienste sowjetischer Wirtschaftsinteressen. Vor dem Jahre 1948 glaubten viele noch an die Möglichkeit eines „pluralistisch sozialistischen Systems“, das mit den Schlagworten „Nationalisierung“ und „Privatisierung“ lockte, später ging dieses nahtlos in kalte „Sozialisierung“ über. Dieses sowjetische Lenkungssystem festigte die Machtstellung der kommunistischen Partei und ihrer Kader unter Zurückstellung rationaler wirtschaftlicher Eigeninteressen des Staates.

Der Weg begann mit der Zwangsaussiedlung von drei Millionen Sudetendeutschen, die sich trotz mancher Vorteile für das tschechische Bürgertum insgesamt

nationalökonomisch negativ auswirkte, vor allem infolge korruptiver Verschwendung deutscher Vermögenswerte. Der nächste Schritt führte von 1950 bis 1961 zur Vernichtung des tschechischen Bürgertums, wobei drei Millionen kleiner und mittlerer Unternehmer proletarisiert wurden. Stadtmüller betont im Vorwort, daß „diese Maßnahme sowohl zahlenmäßig als auch durch die Tiefe des Eingriffs in die menschliche Existenz dem ersten Akt der Vertreibung durchaus vergleichbar ist“. Andere kommunistisch beherrschte Länder, wie zum Beispiel Polen, haben sich einem so radikalen Kurs erfolgreich widersetzt, was ihnen vor allem auch bei den Ertragssteigerungen der Landwirtschaft erhebliche Vorteile brachte. Im dritten Akt dieses Dramas verlor auch die Arbeiterschaft, welche die vorausgegangene Entwicklung durchaus begrüßt und sich im großen Markt des COMECON sozial sicher gefühlt hatte, durch die zentralistisch monopolistisch beeinflusste kommunistische Bürokratie immer mehr soziale, ökonomische und politische Rechte (Mitbestimmung).

Vor 1945 galt die Tschechoslowakei als ein mittelerentwickelter kapitalistischer Staat Europas, der im West-Ost- und Nord-Süd-Gefälle eine Schlüsselstellung einnahm. Für die Sowjetunion war dieses Land der Motor zur Industrialisierung Osteuropas, wofür alle seine menschlichen und materiellen Ressourcen ohne Rücksicht auf eigene politische und wirtschaftliche Interessen ausgeschöpft wurden. Übrig blieb eine „im europäischen Vergleich ausgeleerte, ihres wertvollen Inhalts entledigte Hülse“. Um noch zu retten, was übrig blieb, versuchten die Männer des Prager „Frühlings“, durch einen „demokratischen Sozialismus“ die notwendigen Korrekturen einzuleiten, was aber am Veto und der Militärmacht der Sowjetunion scheiterte.

Dem Werk sind 73 statistische Tabellen sowie ein umfassendes Schrifttumsverzeichnis beigegeben, das auch eine genaue Kenntnis der jüngeren tschechischen Literatur verrät. Der Verfasser versteht es, knapp und überzeugend darzulegen, daß beim schrittweisen Umbau aller Lebensverhältnisse die Priorität wirtschaftlicher Rationalität oft zu kurz kam. Die Frage bleibt offen, ob politische Herrschaftssysteme auf Dauer ökonomische Gesetzmäßigkeiten, die in traditionellen Wertvorstellungen verankert sind, verändern können. Eine Antwort darauf könnte das Beispiel Polen in naher Zukunft geben, das ja bereits dem vorliegenden Buch als Vergleichsobjekt diente, wovon dann allerdings auch eine Vorbildwirkung ausgehen dürfte.

Linz

Gustav Otruba

*Communist Power in Europe 1944—1949. Edited by Martin McCauley.*

The Macmillan Press Ltd. (in association with the School of Slavonic and East European Studies, University of London), London and Basingstoke 1977, 242 S., £ 10,00.

Dieser Band enthält insgesamt 13 Studien, die in vier Teile gegliedert sind. Das Schwergewicht liegt bei den Fallstudien über fünf Länder, in denen die jeweilige kommunistische Partei in der im Buchtitel genannten Zeitperiode an die Macht